



Sitzung vom: 19. Januar 2010

Beschluss Nr.: 349

Anfrage betreffend Ausbildungsplätze und Lehrstellen im Gesundheits- und Sozialbereich:

Beantwortung.

Der Regierungsrat beantwortet

die von der CSP-Fraktion (Erstunterzeichner Kantonsrat Walter Wyrsh, Alpnach) am 4. Dezember 2009 eingereichte Anfrage betreffend Ausbildungsplätze und Lehrstellen im Gesundheits- und Sozialbereich (55.09.02) wie folgt:

Nach Ansicht des Fragestellers hat der Kanton Obwalden mit dem Wechsel zur neuen Bildungssystematik und der damit verbundenen Schliessung der früheren Pflegeschulen Sarnen und Baar auf der Stufe Diplomausbildung Ausbildungsplätze im zweistelligen Bereich verloren. Dieser Verlust an Ausbildungsplätzen konnte nach Ansicht des Fragestellers bis heute nicht annähernd kompensiert werden. Schliesslich vertritt der Fragesteller die Ansicht, dass im Beruf Fachangestellte Gesundheit bzw. Fachleute Gesundheit im Kanton Obwalden weniger Ausbildungsplätze geschaffen wurden als in den Nachbarkantonen Uri und Nidwalden. Gleichzeitig weist der Fragesteller darauf hin, dass aufgrund der demografischen Entwicklung und anderen Einflüssen der Bedarf an Pflege und Betreuung künftig noch bedeutend wachsen werde.

Der Regierungsrat teilt vorweg die Einschätzung des Fragestellers, wonach der Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen künftig erheblich zunehmen wird. Aufgrund dieser Lagebeurteilung und gestützt auf die gesetzliche Verpflichtung zur öffentlichen Gesundheitspflege ist der Kanton bestrebt, in seinem Einflussbereich (Kantonsspital) die Ausbildungsmöglichkeiten qualitativ wie quantitativ in optimaler Balance zu halten.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich die Ausbildungssituationen nach alter und neuer Bildungssystematik nicht 1:1 vergleichen lassen. Im alten System wurden Praktikumsplätze unterschiedlicher Dauer im Umfang von rund 12 – 30 Wochen für Studierende der Pflegeschulen angeboten. Die Studierenden waren Vertragspartner der Schulen und wurden auch von diesen bezahlt. Der Praktikumsbetrieb hatte lediglich für die Praktikumszeit Lohn zu zahlen. Im heutigen System sind die Studierenden während der gesamten Studienzeit Angestellte eines Arbeitgebers, z.B. des Kantonsspitals und werden auch von diesem entlohnt, obwohl sie nur rund 40 Prozent der Ausbildungszeit im Betrieb verbringen. Die Kosten für eine studierende Person an der HF belaufen sich jährlich auf rund Fr. 25 000.–. Dieser Aufwand ist aber eine lohnende Investition, weil so nachhaltig ausreichend und gut qualifiziertes Pflegepersonal rekrutiert werden kann. Insgesamt werden heute mehr finanzielle Mittel für die Ausbildung von Fachleuten im Pflegebereich investiert als dies unter dem alten System der Fall war.

Betreffend beruflicher Grundbildung im Pflegebereich weist der Regierungsrat darauf hin, dass im Kanton Obwalden im Rahmen eines Pilotprojektes der Zentralschweizer Berufsbildungsämter Konferenz ZBK schweizweit die ersten Lernenden im Beruf Fachangestellte Gesundheit ausgebildet wurden (Lehrbeginn 2002).

Der Regierungsrat nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

1. *Wie viele Ausbildungsplätze auf der Stufe „Höhere Fachschulen“ in den Bereichen Gesundheit und Soziales sind heute in Obwalden vorhanden? Wie steht diese Zahl im Verhältnis zur Situation in den Jahren 2000 bis 2005, als die Umstellung zur neuen Bildungssystematik erfolgte? Ist diese Situation aus Sicht der Regierung zufriedenstellend?*

Im Kanton sind aktuell 16 Ausbildungsplätze im Bereich Gesundheit auf Stufe Höhere Fachschule HF besetzt, zwölf davon im Kantonsspital. Im Bereich Soziales sind drei Ausbildungsplätze besetzt. Die Zahlen aus früheren Jahren (2000 – 2005) lassen sich nicht mehr genau rekonstruieren, es fehlen insbesondere Angaben seitens Kantonsspital. Die jährliche Anzahl „Ausbildungsplätze“ dürfte früher aber deutlich höher gewesen sein (Faktor 2.5), weil es sich, wie bereits erwähnt, nicht um Ausbildungsplätze sondern um Praktikumsplätze handelte, die jährlich von mehreren Auszubildenden belegt werden konnten.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Ausbildungspolitik, insbesondere was die Anzahl Auszubildende in den jeweiligen Bildungsstufen betrifft, primär Sache der operativen Führung ist. Für die Regierung ist zentral, dass mindestens so viel Fachpersonal ausgebildet wird, dass längerfristig der Personalbedarf mit eigenem Nachwuchs gedeckt werden kann.

2. *Wie viele Lehrstellen auf der Sekundarstufe II wurden im Bereich Gesundheit und Soziales in den letzten Jahren geschaffen? Wie sieht diese Zahl im Vergleich mit den erwähnten Kantonen Uri und Nidwalden wirklich aus? Ist diese Situation für die Regierung zufriedenstellend?*

Dank Lehrstellenmarketing und der raschen Einführung bzw. Anwendung der Validierung von Bildungsleistungen ist die Zahl der Lernenden im Beruf Fachangestellte bzw. Fachleute Gesundheit seit der Einführung im Jahre 2002 (fünf Lernende) auf aktuell 41 angestiegen. Zusätzlich werden 14 Fachleute Hauswirtschaft im Spital und in den Heimen ausgebildet. Dieser Beruf steht in einer gewissen Konkurrenz zum Beruf Fachleute Gesundheit. Bei den Lehren im Sozialbereich, heute Fachleute Betreuung, hatte es im Jahre 2002 zwei Lernende, heute sind es insgesamt zehn.

Im Kanton Nidwalden werden heute 44 Fachleute Gesundheit und 14 Fachleute Betreuung ausgebildet. Im Kanton Uri werden aktuell 69 Fachleute Gesundheit ausgebildet, 36 Lernende alleine im Kantonsspital. Im Beruf Fachleute Betreuung werden aktuell 23 Lernende ausgebildet.

Im 2002 wurden im Kanton Uri insgesamt elf und im Kanton Nidwalden insgesamt sieben Lernende in den beiden Bereichen ausgebildet. Im 2005 waren es in Uri bereits 34, in Nidwalden 35 und in Obwalden 28.

Für den Regierungsrat sind aber solche Zahlenvergleiche problematisch, weil ein substanzieller Teil der Lernenden an den jeweiligen Kantonsspitalern ausgebildet wird. Die Zahl der Ausbildungsplätze wird dabei primär von der Grösse und der Struktur des Spitals, insbesondere von der Zahl der Ausbildungsstationen bestimmt. Im Kantonsspital Obwalden sind es zweieinhalb Ausbildungsstationen, im Kantonsspital Nidwalden vier und im Kantonsspital Uri sogar sieben Ausbildungsstationen.

Zusammen mit den Verantwortlichen des Kantonsspitals Obwalden unterstützt der Regierungsrat sämtliche Anregungen, zusätzliche Ausbildungsplätze im Gesundheitsbereich anzubieten.

3. *Welche Möglichkeiten sieht die Regierung zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und Lehrstellen am Kantonsspital Obwalden?*

Für den Sommer 2010 hat das Spital erstmals drei Lernende im Beruf Fachleute Gesundheit rekrutiert. In den kommenden Jahren sollen auch die Ausbildungsplätze für die Diplombildung erhöht werden. Ziel von Regierungsrat und Spitalleitung ist es, am Kantonsspital mittel- bis langfristig insgesamt 18 bis 20 (aktuell 16) Ausbildungsplätze im Pflegebereich anzubieten.

Der Regierungsrat wird sich dafür einsetzen, dass die Grundversorgung weiterhin an der Basis im Kantonsspital Obwalden durchgeführt wird. Dadurch können auch die bestehenden Ausbildungsplätze erhalten und wie geplant ausgebaut werden.

4. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, um die Institutionen im Gesundheits- und Sozialbereich in ihrer Ausbildungsaufgabe und der Schaffung von Lehrstellen zu unterstützen?

Der Regierungsrat sieht die Unterstützung auf zwei Ebenen:

Kantonale bzw. regionale Ebene:

Die Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK) hat an ihrer Sitzung vom 20. September 2007 beschlossen, der ZIGG eine einmalige Anschubfinanzierung für das Berufsmarketing zu gewähren. Die Massnahme war auf die Jahre 2008 und 2009 beschränkt (je Fr. 100 000.– pro Jahr).

Eidgenössische Ebene:

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) und die Nationale Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit (OdASanté) haben den Nationalen Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe 2009 in Auftrag gegeben. Die Steuergruppe sieht den vordringlichen Handlungsbedarf bei der Klärung der Finanzierung der betrieblichen Ausbildung.

Die Regelung muss:

- positive Anreize für die Ausbildungstätigkeit setzen,
- die Notwendigkeit der Ausbildung in allen Versorgungsbereichen anerkennen und fördern,
- der Solidarität zwischen den Kantonen Rechnung tragen,
- die Steuerung und Finanzierung der praktischen Ausbildung in Gesundheitsberufen auf der Ebene des Gesamtsystems harmonisieren.

Der Regierungsrat befürwortet diesbezüglich ein gesamtschweizerisches Vorgehen und eine entsprechende Regelung.

Protokollauszug an:

- Kantonsratsmitglieder sowie übrige Empfänger der Kantonsratsunterlagen (mit Text der Anfrage)
- Ratssekretariat
- Bildungs- und Kulturdepartement
- Finanzdepartement
- Amt für Berufsbildung
- Gesundheitsamt
- Staatskanzlei

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Stefan Hossli
Landschreiber

Versand: 21. Januar 2010